

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.46 Uhr
Ende: 13.45 Uhr

1) Gehsteig im Bereich Schererpark

GR. **Haas** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Haas**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen, liebe junge Damen und Herren auf der Tribüne und sehr geehrter Herr Stadtrat! Bereits vor mehr als einem Jahr war für die Straßganger Straße auf Höhe Schererpark von der Schreinerstraße bis zur Wetzelsdorfer Straße die Errichtung eines Gehsteiges eingefordert worden. Denn auf dieser viel befahrenen Straße kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen für die FußgeherInnen – und da der Park natürlich auch von vielen Kindern frequentiert wird. Daher wäre es wirklich hoch an der Zeit, dass hier endlich eine entsprechende Maßnahme zur Hebung der Verkehrssicherheit gesetzt wird: AnrainerInnen, Eltern und Bezirksvorstehung verweisen nicht zu Unrecht darauf, dass es wohl nur noch eine Frage der Zeit ist, bis es hier zu einem schweren Unfall kommt, sofern nicht bald die Errichtung eines Gehsteiges in Angriff genommen wird.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wann endlich wird mit der Errichtung des Gehsteiges in diesem Bereich begonnen?
(*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ich darf Ihnen die Stellungnahme des zuständigen Amtes, in diesem Falle Abteilung für Grünraum und Gewässer, vorlesen.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzung Straßganger Straße/ Schererstraße ist an der Ostseite der Straßganger Straße bis zur Wetzelsdorfer Straße der Bau eines Gehsteiges vorgesehen. Der ursprünglich für 2007 geplante Beginn der Umsetzung wurde seitens des Landes, es ist eine Landesstraße die Straßganger Straße, aus monetären Gründen zurückgestellt und sie ist voraussichtlich für 2008 geplant. Als interimistische Lösung zur Sicherung des FußgängerInnenverkehrs auf der Straßganger Straße wurde auf Betreiben der Abteilung für Grünraum und Gewässer in der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit am 13.4.2007 festgestellt, dass vorerst provisorisch an der Ostseite der Straßganger Straße von der Schererstraße bis zur Wetzelsdorfer Straße ein Gehstreifen durch das Aufbringen einer Randlinie und dem Versetzen von Leitpflöcken hergestellt wird. Seitens der Stadt Graz wird alles unternommen, um die Neuerrichtung der Ampelanlage, die Errichtung des Gehsteiges und die Verlegung der Bushaltestelle voranzutreiben (*Applaus ÖVP*).

2) Glockenspiel: Terminkollision mit Ladetätigkeit

GRin. **Schloffer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Meine Frage betrifft das Glockenspiel am Glockenspielplatz, die Terminkollision mit der Ladetätigkeit. Am 10. November 2005 habe ich an den Herrn Bürgermeister eine Anfrage gestellt, da es am Glockenspielplatz 4 tagtäglich zu einer, aus touristischer Sicht, sehr unangenehmen Terminkollision kommt. Reisegruppen sowie Schülerklassen werden um 11.00 Uhr zum Glockenspielplatz geführt, weil dort das Glockenspiel als touristischer Anziehungspunkt eben um diese Zeit beginnt. Gleichzeitig ist das aber auch die Zeit, zu der die Ladetätigkeit in der Innenstadt beendet sein muss. Das heißt, dass die Graz-Gäste das Glockenspiel mitten abfahrender Lkws und anderer zuliefernder Kraftfahrzeuge erleben müssen, welche durch das gleichzeitige Starten enorme Abgase verursachen. Aber auch der Fremdenführer-Club für Graz und die Steiermark ist ob dieser Situation schon sehr verzweifelt.

In Beantwortung meiner Anfrage damals hat der Herr Bürgermeister im November 2005 in der Gemeinderatssitzung gemeint, ich zitiere aus dem Wortprotokoll: „...wir sollten schauen, ob wir die Ladezone Innenstadt nicht wirklich einmal vorverlegen, weil ich sage Ihnen ganz ehrlich, das ist meine vollste Überzeugung, dass das Laden bis 11.00 Uhr nur dazu führt, dass der Vormittag zu keiner Fußgängerzone wird. Und ich werde auch diese Anfrage zum Anlass nehmen, mit dem Kollegen Rüschi habe ich schon gesprochen, einmal zu sagen, machen wir um 10.00 Uhr Schluss...“

Auch in der Wochenzeitung „Der Grazer“ wurde am 17. November 2005 berichtet, dass eine Vorverlegung der Ladezeiten um eine Stunde mit den Gewerbebetrieben diskutiert wird.

Ich stelle im Namen der KPÖ-Fraktion deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Welche Ergebnisse haben die Gespräche mit dem Bürgermeister und den Gewerbebetrieben der Innenstadt seit dem November 2005 zur Vorverlegung der Ladetätigkeit in der Innenstadt um eine Stunde gebracht, damit es zu keiner Terminkollision mit den Reisegruppen am Glockenspielplatz kommt? (*Applaus KPÖ*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, die Meinung habe ich heute noch und der Herr Stadtrat Rüschi sagt jetzt, was herausgekommen ist.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Schloffer! Ich denke, die meisten, die hier herinnen sitzen, jedenfalls auch auf der Regierungsbank, haben diesen Vorschlag sehr vehement unterstützt und wir haben diesen Vorschlag auch sehr intensiv angenommen. Es ist leider zu keiner Veränderung der Ladezeiten gekommen und ich werde Ihnen ganz kurz erläutern, aus welchem Grund und

welche Punkte dabei aber auch zu erwähnen sind. Der Hauptpunkt, wieso es zu keiner Veränderung gekommen ist, sind logistische Probleme, die uns klargemacht worden sind für die Belieferung, es hätte zur Folge gehabt eine Vorverlegung, dass es zu Arbeitszeitverlängerungen und auch zu einer Erhöhung der Arbeitskosten gekommen wäre. Wir haben uns natürlich auch in anderen Städten umgesehen, auch im Ausland, etwa in Holland, wo es sehr viele Innenstädte ohne Verkehr gibt und wir haben dabei festgestellt, dass in manchen Städten zwar durchaus um 9.00 Uhr sogar die Ladezeit in der Früh endet, aber dass es in diesen Städten, etwa in Groningen, insgesamt drei Ladezeiten gibt. Es gibt dann eine zusätzliche am Mittag und es gibt dann auch eine zusätzliche am Abend für die Restaurants, um immer frische Lebensmittel zu haben. Wir haben ja in Graz ausschließlich eine Ladezeit und die geht eben bis 11.00 Uhr und ich denke, dass hier die Argumentation durchaus etwas für sich hat. Wir haben aber etwas unternommen, das zumindestens sicherstellen soll, dass das Ladezeitende um 11.00 Uhr tatsächlich eingehalten ist, wir haben an Schlüsselstellen bei der Einfahrt in die Fußgängerzone Kameras aufgestellt, die die Zufahrt und die Abfahrt überwachen und das hat jedenfalls bis jetzt sehr gut gewirkt, ich wundere mich teilweise wirklich auch um die Undiszipliniertheit der Autofahrer, es gibt also Autofahrer, die wöchentlich zwei-/dreimal von ein und derselben Kamera gefilmt werden. Offensichtlich gibt es da auch keine finanziellen Probleme. Wir werden das jedenfalls weiterhin so machen, wir werden das durchaus auch, falls es sein muss, unterstützen, es gibt nach wie vor einige Einfahrten, bei denen noch keine Kamera steht und das was, glaube ich, besonders beim Glockenspielplatz ein Ärgernis ist, was ich durchaus verstehe, das ist, gerade auch dann, wenn die Autos dann knapp vor 11.00 Uhr, also durchaus zeitlich korrekt wegfahren, dass dann die Abgase, Sie haben es ja auch geschrieben, für die Wartenden dort sicherlich ein Problem ist. Wir werden versuchen da vielleicht gerade am Glockenspielplatz mit den Geschäften vielleicht einfach zu einer Regelung zu kommen, dass da die Autos zumindestens um 10 Minuten vorher wegfahren. Wir haben, wie gesagt, die Ladezeit aufgrund der Umstände, die ich Ihnen gesagt habe dann nicht reduziert, sondern, wie gesagt, die Kontrolle für die Einhaltung der 11-Uhr-Zeit verstärkt.

GRin. **Schloffer**: Gibt es oder besteht die Möglichkeit, das Uhrwerk umzustellen, dass das Uhrwerk nicht um 11.00 Uhr, sondern um 11.30 oder 10.30 Uhr läutet, man muss das ja auch zur Sommer- und Winterzeit umstellen. Also ich denke, das kann nicht das Problem sein. Und wer jetzt dafür zuständig generell, diese Uhrzeit zurückzudrehen oder sonst irgendetwas. Wenn schon das andere nicht möglich ist, dass man um halb elf Uhr rausfahren kann, statt um 11.00 Uhr, aber so kann es nicht weitergehen, das ist ein Wahnsinn, was sich dort abspielt.

Dr. **Rüsch**: Ich kenne jetzt die Tradition der 11-Uhr-Zeit nicht genau, ich weiß, möglicherweise müssen wir dann die mitteleuropäische Zeit von Paris aus verändern. Da bin ich wirklich überfragt, da habe ich keine Ahnung, ich gehe davon aus, dass die 11-Uhr-Zeit, dieser Zeitpunkt für das Glockenspiel eine besondere Tradition hat, die man wahrscheinlich nicht einfach verschieben kann.

3) BürgerInnenbeirat

GRin. **Rücker** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Wir haben ja diese Woche am Dienstag gemeinsam Lenkungs- und Steuerungsausschuss, korrigiere mich, wenn die Begriffe nicht stimmen, es war ja ein bisschen verwirrend im Laufe der Entwicklung zum Thema Ideen für Graz gehabt, zu den Ergebnissen, die inzwischen vorliegen aus der BürgerInnenwerkstatt Zeit für Graz, das ich jetzt den richtigen Titel gefunden habe. In diesen Beratungen und in diesem ziemlich umfassenden Ergebnis, das da ist, das ich sehr wohl sehen kann, sind inzwischen eingearbeitet die Vorschläge und die Ergänzungen durch die Beamtenschaft, wie es ausschauen soll, wie es ausschauen kann, wenn es in Richtung Umsetzung geht. Wir Grüne haben von Anfang an die Werkstatt unterstützt, weil wir dem ganzen Projekt eine ganz große Chance geben wollten, weil wir den

Bereich der Zusammenarbeit zwischen Politik, BürgerInnen und Verwaltung in Graz als wesentlich verbesserbar gesehen haben und dem Modell die Chance gegeben haben, da eine Klimaverbesserung und vor allem zu einer neuen Kultur beizutragen. Wir haben uns auch erwartet, was leider nicht stattgefunden hat, dass die ganze Stadtregierung die ganze Zeit dahinter steht, das hat man nicht immer so wahrgenommen und wir haben uns auch erwartet, dass das, was herauskommt, dann auch finanziell vorgesorgt wird, das ist leider bis heute auch noch nicht passiert, es bleibt als Kritik stehen, dass wir jetzt natürlich ganz wesentlich das Anliegen haben für die neue Periode müssen die Projekte, über die die Politik jetzt zu entscheiden hat, welche Projekte in die Umsetzung gehen, dann auch wirklich entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Was aber dazukommt ist, dass während des Prozesses immer vorgegeben wurde oder geplant war, AktivbürgerInnen, Leute einzubinden und begleitend als Gremium zu installieren, was passiert ist, dass einige sogenannte meinungsbildende Menschen gefragt wurden, das hat nicht ganz so funktioniert. Was uns gefehlt hat, ist aus einer guten Bevölkerungsmischung herauskommend ein begleitendes Gremium. Jetzt, wo es darum gehen soll, wie wird mit dem Ergebnis umgegangen, halten wir es umso wichtiger, diesen Punkt noch einmal aufs Tablett zu bringen, ich habe es auch schon angesprochen in der Sitzung. Uns geht es jetzt darum, auch für alle weiteren Großprojekte, die in Graz stattfinden, das heißt nicht nur für die Umsetzung der Ergebnisse aus der Werkstatt, sondern für das, was in Zukunft besser entschieden werden wird, wenn BürgerInnen von vorneherein eingebunden sind, wenn BürgerInnen von vorneherein im Entscheidungsprozess eine Stimme bekommen, dass nun ein BürgerInnenbeirat eingerichtet wird, damit einerseits die Ergebnisse auf Schiene gebracht werden, gut begleitet werden können, auch gut kontrolliert werden können und das in weitere Hinsicht das, was jetzt angezettelt wurde mit dieser Werkstatt, auch wirklich nachhaltig verankert wird in einem politischen Umgang mit den Menschen dieser Stadt. Also wenn das nicht das Ergebnis ist, dann waren die 600.000 Euro viel zu teures Geld und darum wird es jetzt gehen. Das heißt, die Schlüsselposition oder die Schlüsselphase wird jetzt erst eintreten. Wir haben auch gesehen und das denke ich mir, möchte ich hier herinnen schon einmal klar sagen, die Ergebnisse, wenn man sich die einzeln anschaut, könnten wir eins zu eins dem grünen Wahlprogramm entnehmen, das heißt, die Menschen in Graz ein ganz ein großes Bedürfnis haben im Bereich

Verkehr einen echten Paradigmenwechsel zu erleben, ein Abkehren von einer weiteren Förderung von Autos hin zu einer Reduktion von Verkehr und einer Beruhigung in dem Bereich, im Bereich Grünraum ganz klar herausgekommen ist, die Menschen haben große Sorge, dass ihnen der Grünraum vernichtet wird und weggenommen wird und haben auch ganz viele konkrete Ideen, wie in dem Bereich gegengesteuert werden kann bis hin zum Thema Integration, wo wir auch sehen, dass die Ergebnisse eindeutig Bedürfnisse sind, wo wir Grünen, denke ich mir, auch viele Antworten schon immer wieder versuchen zu geben und wo die Stadt aufgefordert ist, endlich diese Antworten auch zu geben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, es ist die Fragestunde.

GRin. **Rücker**: Ich komme jetzt zu meiner Frage, natürlich die Fragestunde ist kurz, aber heute habe ich gesehen, sind gar nicht so viele Fragen, aber ich werde mich jetzt trotzdem auf die Frage konzentrieren. Das ist ein wichtiger Tagesordnungspunkt, denn die Frage der BürgerInnenbeteiligung ist für die Zukunft dieser Stadt eine wichtige Frage und wie damit umgegangen wird, deswegen Frage ich dich jetzt, lieber Herr Stadtrat, wirst du als zuständiger Stadtrat den Vorschlag von uns aufgreifen, für die Umsetzung der Ideen für Graz und für die Begleitung von Großprojekten einen BürgerInnenbeirat zusammengesetzt aus VertreterInnen verschiedener Bevölkerungsgruppen einzusetzen, als ständiges Gremium mit einer ganz klaren Beauftragung im Sinne der vorgebrachten Argumentation?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich darf vielleicht noch hinzufügen, dass die Frau Gemeinderätin mich vorweg ersucht hat, auch einen Film hier drehen zu dürfen, während sie die Anfrage stellt, ich habe dem zugestimmt und darf nun Herrn Stadtrat Rüschi bitten, die Antwort zu geben.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst ein Dank an dieser Stelle, nicht nur an die Grünen, aber auch an die Grünen sowie an die anderen Parteien, die bei der Umsetzung, bei der Durchführung der Planungswerkstatt sich sehr engagiert haben, wir sind tatsächlich in der Abschlussphase und wir werden am 26. November in einer großen Abschlussveranstaltung die Ergebnisse vorstellen und ich möchte dann auch gerne beim Gemeinderat im Dezember einen Informationsbericht über die Planungswerkstatt hier einbringen. Zunächst einmal, der sanfte Hinweis, dass die Vorschläge, die bei der Planungswerkstatt gekommen sind, selbstverständlich auch Eingang in unser Parteiprogramm gefunden haben für die Wahl am 20. 1. 2008 und ich kann mir nichts mehr wünschen als unmittelbar Verantwortlicher für dieses Projekt, dass die Vorschläge in möglichst alle Parteiprogramme eingehen, ich denke, dann wird eine Konkurrenz um die Realisierung dieser Ideen entstehen und das kann der ganzen Sache nur gut tun. Wir haben ja vor zwei Tagen im Lenkungsausschuss über die ersten Endergebnisse gesprochen und du hast damals schon den Vorschlag gemacht, einen BürgerInnenbeirat einzurichten. Ich sage im Wesentlichen dasselbe hier, was ich vor zwei Tagen gesagt habe, ich finde die Idee sehr, sehr gut, ich finde, sie passt gerade jetzt, sie wäre während der Bürgerbeteiligung selbst nicht so wertvoll gewesen, jetzt geht es darum, was wird aus den guten Ideen und aus den guten Vorschlägen gemacht, wie werden sie umgesetzt, welche Mittel werden dafür bereitgestellt, welche Parteien stellen sich hinter diese Vorschläge und da denke ich, ist es sehr, sehr gut, wenn man aus dem Kreis der Beteiligten einen derartigen Beirat bildet, der die Umsetzung begleitet und durchaus auch mitverfolgt. Zur Umsetzung selbst bleibe ich dabei und wiederhole einfach das, was ich immer gesagt habe: Nachdem der Beginn dieser Planungswerkstatt so verzögert wurde, war klar, dass das Ende, erst kurz vor der Wahl feststeht und ich denke, dass es wichtig ist, erstens diesen Informationsbericht im Dezember zu bringen und es wird sicherlich auch unser Anliegen sein, diese Vorschläge mit in die Regierungsverhandlungen zu nehmen und als Allererstes, es ist auch geplant, zwischen Vertretern der Politik und den Beamten auch eine Arbeitsgruppe einzurichten, die einfach Prioritäten festlegt. Es sind sehr viele Vorschläge gekommen, darüber wird man auch noch diskutieren, die ohnehin in der einen oder anderen, etwa in der AOG und in anderen Bereichen angesiedelt sind. Hier bedarf es einfach auch einer Prioritätenfestlegung, wir werden nicht alles von heute auf morgen umsetzen können, aber eine Prioritätenliste machen, die dann auch diese Umsetzung garantiert. Also ich denke, dass dieser

Beirat sicherlich sehr intensiv diskutiert wird, ich kann hier und jetzt auch nicht sagen, ob wir ihn tatsächlich einrichten, ich bin dafür und ich werde mich auch sehr intensiv damit befassen und ich freue mich jedenfalls auf eine rege Teilnahme bei der Diskussion über die Umsetzung (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Eine kurze Zusatzfrage, weil ich ganz bewusst angesprochen habe Einbindung eines BürgerInnenbeirates auch bei anderen Großprojekten, wie zum Beispiel große Einkaufszentren, große Verkehrsprojekte etc. ob das auch denkbar ist, weil ich denke mir, es sollte darüber hinausgehen über Kleinprojekte, dass BürgerInnen eine stärkere Stimme bekommen, bevor wichtige Entscheidungen getroffen werden, damit es dann im Nachhinein nicht die vielen unlustigen Situationen gibt, die wir in Graz zu Hauf kennen.

StR. Dr. **Rüsch**: Ja, auch zu diesem Vorschlag, ist auch völlig klar, dass wir auch auf Grund der Vorschläge, die in der Planungswerkstatt über die Verstärkung der Bürgerbeteiligung gemacht worden sind, uns hier einiges überlegen. Da ist jedenfalls auch darauf zu sehen, dass wir eine Verbindung zu dem herstellen, was wir an Bürgerbeteiligung machen, das sind die Bürgerinformationsveranstaltungen und selbstverständlich auch in einigen Fällen, aber durchaus, Kritik durchaus angenommen, nicht systematisch in einigen Fällen auch die unmittelbare Mitarbeit. Sie wird sicherlich ein Thema sein, auf jeden Fall auch aus meiner Sicht, dass wir diese Ansätze der Bürgerbeteiligung systematisieren. Ich denke in erster Linie an das Großprojekt Revision des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren sind einige Nachbarländer der europäischen Union beigetreten und mich freut es jetzt, dass ich auf unserer Galerie Gäste begrüßen darf, die aus der drittgrößten

Stadt der Tschechischen Republik, Ostrava, zu uns gekommen sind. Herr Dipl.-Ing. Thomas Petrik, Mitglied des Finanzausschusses, Herr Dr. Guziana, Vorsitzender der Kommission für Gesundheitswesen, Herr Dipl.-Ing. Lumir Palyza, Vorsitzender der Kommission für Sport und Herr Dr. Zdenek Sladovnik, Leiter der Abteilung für Außen- und Auslandsbeziehungen sind zu uns gekommen. Nach den Kommunalwahlen Ende letzten Jahres sind viele neue Gemeinde- und Stadträte gewählt worden und sie müssen jetzt erstmalig für 2008 auch ein Budget erstellen, deshalb sind sie nach Graz gekommen, um sich über Budget- und Subventionsfragen, aber auch um Förderungsgebarung zu informieren. Fachleute aus der Finanzabteilung, dem Kulturamt, dem Sportamt und dem Gesundheitsamt geben ihnen Auskunft, sie haben sich die Geriatrischen Gesundheitszentren schon angesehen und werden auch noch das Stadtmuseum besichtigen. Dann werden sie nach Linz weiterreisen, um sich dort zu informieren. Ostrava (Ostrau) hat zirka 320.000 Einwohner und liegt in Mähren im Dreiländereck Tschechien, Polen, Slowakei. Ich freue mich, dass Sie da sind und einen schönen Graz-Aufenthalt (*allgemeiner Applaus*).

4) Durchführung der Gemeinderatswahl

GR. **Hohensinner** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Ich finde es ja super, dass die Partei da hinten für unseren wirklich sehr kompetenten Verkehrsstadtrat Werbeeinschaltungen auf der Homepage macht. Und zwar in den letzten Jahrzehnten wurde die Wahldurchführung im Rahmen der Wahlordnung sehr bürgerfreundlich gestaltet. Auch blinde Menschen haben mit der Hilfe einer Schablone die Möglichkeit, selbstbestimmt die Stimme einer verbenden Partei zu geben.

Bei der letzten Nationalratswahl war ich in der Wahlkommission eingesetzt und habe dort ein Anliegen vorgebracht und zwar:

Blinde Menschen können zwar selbstständig eine Partei wählen, doch können sie kaum bis gar nicht einer Kandidatin oder einem Kandidaten die Vorzugsstimme geben.

Ich regte bei dieser Sitzung an, für die kommende Gemeinderatswahl zusätzlich Braille-Informationen mit allen zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten zu fertigen, um so auch hier eine möglichst selbstbestimmte Wahl zu ermöglichen.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, die

F r a g e :

Haben Sie diese damals angeregte Idee aufgegriffen, beziehungsweise sind Sie bereit, das zuständige Referat zu beauftragen, mit dem Landesblindenverband Kontakt aufzunehmen, um noch für die kommende Wahl rechtzeitig die Möglichkeiten zu prüfen? Herr Vizebürgermeister, bitte.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Der Vorsitzende hat zuerst das Wort, Herr Kollege! Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat! Hinsichtlich der Stimmabgabe von blinden WählerInnen legen die Wahlordnungen, so auch die Wahlordnung zum Gemeinderat, gemäß § 52 Gemeindewahlordnung fest, dass das Wahlrecht persönlich auszuüben ist. Blinden oder schwer sehbehinderten Wählern sind seitens der Wahlbehörde als Hilfsmittel zur Ermöglichung der selbständigen Wahlausübung Stimmzettelschablonen zur Verfügung zu stellen. Körper- oder sinnesbehinderte Wähler dürfen sich von einer Person, die sie selbst auswählen können und gegenüber dem Wahlleiter bestätigen müssen, führen und sich bei der Wahlhandlung helfen lassen. Von diesen Fällen abgesehen darf eine Wahlzelle jeweils nur von einer Person betreten werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Als Körper- oder sinnbehindert gelten Personen, denen die Ausfüllung des amtlichen Stimmzettels ohne fremde Hilfe nicht zugemutet werden kann. Über die Zulässigkeit der Inanspruchnahme einer Begleitperson entscheidet im Zweifelsfall die Sprengelwahlbehörde, jede Stimmabgabe mit Hilfe einer

Begleitperson ist in der Niederschrift festzuhalten. Die Zurverfügungstellung einer Liste aller KandidatInnen unmittelbar bei der Stimmabgabe zieht folgende Konsequenzen beziehungsweise Probleme nach sich: Eine Liste aller KandidatInnen jeder wahlwerbenden Gruppierung müsste aus Gründen des Wahlheimnisses in jeder Wahlzelle angeschlagen werden. Da der Wahlvorschlag für sehende WählerInnen bereits ein Ausmaß hat, welches gerade noch in einer Wahlzelle angebracht werden kann, bleibt kein Platz für den Aushang einer Übersetzung in Braille-Schrift. Der Zeitaufwand, den blinde Personen benötigen würden, um die Liste der KandidatInnen in der Wahlzelle in Braille-Schrift zu lesen, würde die Wahlhandlung wesentlich verzögern. Weiters stellt sich die Frage, ob blinde WählerInnen zur völlig selbständigen Durchführung der Stimmabgabe in der Lage sind, den Namen des Kandidaten oder der Kandidatin selbst einzutragen und sich nicht ohnedies einer Vertrauensperson bedienen müssen. Außerdem würde nach einer ersten Kostenschätzung die Übersetzung samt Druck für alle Wahlsprenkel nur für die Listen der Gemeinderatskandidatinnen, nicht jedoch der Bezirksratskandidatinnen zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Schablonen einen weiteren Kostenaufwand in Höhe von 6.700 Euro bedeuten. Daher scheint es nicht zweckmäßig und auch nicht verhältnismäßig, dass eine Übersetzung in Braille-Schrift in den Wahllokalen aufliegt. Die Vergabe einer Vorzugsstimme bedarf eines vorangehenden Prozesses der Meinungsbildung. Um eine selbstbestimmte Wahl zu ermöglichen, ist in dieser Phase der Entscheidungsfindung nach einer Möglichkeit zu suchen, die Entscheidungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Eine Entscheidung über die Vergabe einer Vorzugsstimme durch den oder die Wählerin in der Wahlzelle beziehungsweise im Wahllokal ist nicht anzunehmen. Daher ist es wichtig, blinden WählerInnen bereits vor der Stimmabgabe die Möglichkeit einzuräumen, sich über die Liste der Kandidatinnen zu informieren. Aus den bisherigen Ausführungen scheint es daher zweckmäßiger, dass vorab eine Entscheidungshilfe angeboten wird. Daher ist eine Veröffentlichung der Wahlvorschläge mit den Namen aller KandidatInnen für die Wahl zum Gemeinderat im Internet geplant, welche barrierefrei per Braille-Zeile oder Sprachsoftware lesbar in einer somit für blinde WählerInnen geeigneten Form zur Verfügung gestellt werden kann. Auch eine Zusammenarbeit mit dem Landesblindenverband ist ein wesentlicher Ansatz, um die Informationen in blindengerechter Form an die blinden WählerInnen weitergeben zu können (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Sehende Menschen können natürlich auch vor der Wahl, ein paar Wochen vor der Wahl ins Internet gehen, sich das anschauen, die Listen durchgehen, wer da in Frage kommt. Blinde Menschen können das jetzt auch gut, aber es geht darum, dass ein möglichst selbstbestimmtes Wählen ermöglicht wird, dass der blinde Menschen in das Wahllokal geht und dort die Möglichkeit vorfindet, noch einmal auf einem Zettel, auf einem größeren Zettel die Kandidaten dort mittels der Braille-Schrift wahrzunehmen, um das geht es, Herr Vizebürgermeister und meine Frage ist, haben Sie in der Vorbereitung dieser Beantwortung mit einem blinden Menschen gesprochen, weil Sie haben jetzt Aussagen getätigt, die Sie überlegt haben, aber mir geht es immer darum, mit dem betroffenen Menschen zu sprechen. Meine Frage ist, haben Sie mit blinden Menschen gesprochen und machen Sie noch einmal mein Anliegen wahr und reden Sie mit dem Landesblindenverband, dass man eine Möglichkeit findet. Weil zu sagen, das kostet 7.000 Euro, ist für mich eine billige Ausrede (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Das war jetzt, meine Damen und Herren, weniger eine Frage als eine politische, fast polemische Feststellung. Aber für mich, meine Damen und Herren, gilt die Wahlordnung, die wir sehr exzessiv auslegen. Auch in der Vorbereitung, in einer Kundmachung, auch mit dem Internetangebot und in der Zusammenarbeit der Wahlbehörde, das heißt, ganz genau des BürgerInnenamtes, bitte hören Sie zu, auch mit dem Landesblindenverband. Das ist das Angebot, alle anderen Maßnahmen, meine Damen und Herren, sind nicht nur eine Frage der Kosten, sondern selbstverständlich auch der Frage einer Wahlabwicklung in organisatorischer Hinsicht (*Applaus SPÖ*).

5) Energiebuchhaltung

GRin. **Jahn** stellt an Bgm.-Stv. **Ferk** folgende Frage:

GRin. **Jahn:** Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Ich habe Sie in der Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause nach dem Stand des Projektes Energiebuchhaltung befragt. Es ist ein städtische Projekt, das eigentlich ziemlich erfolgreich war und schon 1986 begonnen hatte, wo wir im Rahmen der städtischen Verwaltung bei den städtischen Gebäuden sehr, sehr hohe Einsparpotentiale, was den Energieverbrauch bei den Gebäuden betrifft, erreichen haben können. Ich habe das damals eh ziemlich genau ausgeführt, auch was der aktuelle Stand ist, deswegen erspare ich mir und auch euch das jetzt. Trotzdem, Sie haben damals erfreulicherweise zu meiner großen Freude festgestellt, dass es nötig ist, hier wieder aktiv zu werden und Sie haben damals angekündigt, dass Sie in der ersten Gemeinderatssitzung nach der Sommerpause, also eigentlich im September, ein Stück einbringen wollen in den Gemeinderat, wo über den aktuellen Stand und mögliche Weiterentwicklungspotentiale etc. berichtet wird. Nachdem das bislang noch nicht passiert ist, habe ich mir gedacht, ich frage einmal nach, was der aktuelle Stand ist und daher meine

F r a g e :

Wann wird das von Ihnen bereits vor dem Sommer angekündigte Geschäftsstück zur Energiebuchhaltung der städtischen Gebäude dem Gemeinderat vorliegen?

Bgm.-Stv. **Ferk:** Geschätzte Kollegin! Demnächst, und ich darf Ihnen heute bereits das Ergebnis und den Bericht über die Energiebuchhaltung ganz persönlich überreichen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn:** Nachdem noch zwei weitere Leute waren und auch die Fragestunde nützen wollen, bedanke ich mich jetzt zuerst einmal sehr herzlich für den Erhalt des Berichtes, weil ja leider so viel Schriftliches bislang nicht vorgelegen ist und ich bin schon sehr gespannt auf das Stück und auf die Diskussionen, die wir dazu in weiterer Folge führen werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das war aber keine Frage.

6) Gründerinnenzentrum Steiermark – ein Projekt der Initiative „Taten statt Worte“

GRin. **Stein-Smola** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Stein-Smola**: Das Gründerinnenzentrum wurde im Jahre 2000 errichtet. Es ist bisher das einzige auf Frauen spezialisierte Gründerzentrum Österreichs. Das Partnerprojekt Business Incubator entstand 2002.

Das Angebot umfasst Beratung, Begleitung und Coaching für Gründerinnen und Gründer, Förderung der Büros durch die der Stadt Graz, Qualifizierungsmaßnahmen und Aufbau und Betreuung von Netzwerken. Zusätzliche Schwerpunkte des Gründerinnenzentrums sind die Gründerberatung für Frauen, Crash-coaching für karriereorientierte Frauen sowie internationale Projekte für Frauen. Die Auslastung im Gründerinnenzentrum liegt durchschnittlich bei 80 %, bis Ende des Jahres wird eine 100%-ige Auslastung angestrebt. Bisher haben 34 Unternehmen bisher im Gründerinnenzentrum gestartet, derzeit sind 11 ansässig, 22 haben sich im Großraum Graz angesiedelt.

700 Personen wurden im Gründerinnenzentrum beraten und es konnten 135 Arbeitsplätze damit geschaffen werden. Zudem bestehen nationale sowie internationale Kooperationen, wie etwa mit: Gründerland, Crash coaching, NOWA und dem AMS beziehungsweise unter anderem international mit der Weiber-Wirtschaft Berlin und dem Gründerinnenzentrum in Mannheim.

Am 14. Oktober 2007 war in der Zeitung „Die Woche“ zu lesen, dass du, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler, das Gründerinnenzentrum Steiermark evaluieren beziehungsweise überprüfen willst. Das ist für sich betrachtet noch nicht anrühlich. Nachdenklich stimmt jedoch die Tatsache, dass den Unternehmerinnen über einen bestehenden Beschluss des Stadtsenates sowie über Beschlüsse der über die Aufnahme entscheidenden Steuergruppe hinweg Verträge nur noch vor einigen Monaten bis zu rund einem Jahr ausgestellt wurden, insbesondere da die Gründerinnen und Gründer eine dreijährige Mietförderung laut

Stadtsenatsbeschluss erhalten würden und davon ausgehen, dass ihr Firmensitz durch einen mindestens dreijährigen Untermietvertrag gesichert ist.

In diesem Zusammenhang ist besonders darauf hinzuweisen, dass zwischen dem Gebäudeeigentümer und der Stadt Graz als Hauptmieter eine einjährige Kündigungsfrist vereinbart ist, diese Kündigung aber nicht erfolgte. Dadurch kann nunmehr der Fall eintreten, dass das Gründerinnenzentrum aufgrund der befristeten Verträge leer steht und die Stadt den Mietausfall zur Gänze tragen muss.

Was ist von deiner Seite her geplant, damit der Firmensitz für die ansässigen Unternehmer sowie für jene, die gerade im Aufnahmeverfahren sind, über das Jahr 2007 hinaus gesichert ist?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Bettina! Sehr gerne gebe ich dir Antwort und möchte dir auch einige erläuternde und korrigierende Anmerkungen machen, die auf Grund der Recherchen der Liegenschaftsverwaltung nun mir auch vorliegen. Mit Gemeinderatsbeschluss vom 30.11.1999 wurde die Anmietung von Räumlichkeiten zum Zwecke der Untervermietung an Gründerinnen beziehungsweise an das Zentrumsmanagement im Haus Entenplatz 4 im Ausmaß von zirka 500 m² auf unbestimmte Zeit beschlossen. Das Gründerinnenzentrum umfasst 14 Büros und die Zentrumsleitung. Das Fördermodell, wie es auch vom Gemeinderat beschlossen wurde, sieht eine Mietunterstützung durch die Stadt vor, wobei die Gründerinnen im ersten Jahr 50 %, im zweiten Jahr 65 % und im dritten Jahr 85 % des Untermietzinses zu zahlen haben. Dabei werden die allgemeinen Büroräumlichkeiten dem Anteil der angemieteten Flächen zugerechnet. Die Auslastung des Zentrums lag in den ersten Jahren bei 80 bis 100 %. Ab dem Jahr 2005 ergaben sich zunehmend Auslastungsprobleme. Die Auslastung bewegt sich nunmehr nur mehr zwischen 50 und 80 %, wobei die 80 % nur erreicht wurden, da auf Wunsch und in Absprache mit der Steuergruppe, die also die Zuweisung der Räumlichkeiten an einzelne Unternehmensgruppen beziehungsweise UnternehmerInnen vorzunehmen hat, kurzfristige Vermietungen an nicht förderungswürdige Unternehmer und damit Vollzahler als Überbrückungslösungen

für Raumprobleme vermietet wurden. Mit heutigem Tage sind von 14 vermietbaren Büros fünf Büros frei. Vier Büros sind mit nicht förderungswürdigen Mietern belegt und nur vier Mieterinnen von Büros erfüllen die Voraussetzungen für die Förderwürdigkeit. In den letzten beiden Jahren, und ich habe das in einer eigenen Anlage, die ich dir dann noch gerne zeigen möchte, in den letzten beiden Jahren waren zum Großteil nur vier von 14 Büros noch mit geförderten UnternehmerInnen belegt. Im August 2006 befanden sich überhaupt nur eine Unternehmerin mit noch laufender Mietförderung im Zentrum. Vom September bis Dezember 2006 waren fünf Büros mit nicht förderungswürdigen Unternehmen belegt. Ich könnte sie jetzt anführen, möchte ich aber auch aus Gründen der Vertraulichkeit nicht, außer du wünschst dir das, dann tue ich das natürlich. Um die Kosten niedriger zu halten, gleichzeitig haben nur zwei Unternehmerinnen Mietförderung bezogen. Gesichert kann das Gründerinnenzentrum nur dadurch werden, dass es wenigstens ständig zu 86 %, also 12 von 14 Büros besetzt, ausgelastet ist. Das gleiche gilt längerfristig natürlich auch für den Business-Incubator, wobei dessen Auslastung in den letzten beiden Jahren erheblich besser war als jene des Gründerinnenzentrums. Die schlechte, beziehungsweise nicht dem Förderzweck entsprechende Auslastung war mit ein Grund, warum die Liegenschaftsverwaltung erwogen hat, das Gründerinnenzentrum zumindest zur Diskussion zu stellen und zu evaluieren. In diesem Zusammenhang wurde auch mit der Initiative „Taten statt Worte“, also der Zentrumsverwaltung und mit der Frau Mag. Keimel als Leiterin der Abteilung Wirtschaftsförderung wurden Gespräche geführt und wurde auch gefragt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ob sich etwa die an und für sich für Wirtschaftsförderung zuständige Wirtschaftsabteilung eine Übernahme des Zentrums vorstellen könnte. Diese Frage wurde mit dem Hinweis auf die Budgetplanung verneint. Die Liegenschaftsverwaltung hat im Hinblick auf die mögliche Beendigung des Bestandsverhältnisses ab 2006 nur mehr abgekürzte Verträge bis Ende November 2007 erstellt. Diese Verträge können natürlich bis zu insgesamt fünf Jahre verlängert werden. Selbstverständlich kann in diesem Zeitraum bis zu drei Jahre die vorgesehene Mietförderung gewährt werden. Es sind also auch weiterhin mögliche Verträge abzuschließen, allerdings nur mehr befristet auf ein Jahr. Entgegen deiner Einleitung ist es allerdings so, dass die Befristung auf fünf Jahre weder in einem Stadtsenatsbeschluss noch in einem Gemeinderatsbeschluss vorgeschrieben worden ist, sondern es ist eine maximale Mietdauer von fünf Jahren

festgelegt worden, an die ich mich selbstverständlich halte. Wir werden tiefer gehen und weiter evaluieren, um den eigentlichen Förderzweck weiter zu verfolgen, ich lade auch den Kollegen Eisensberg jetzt schon recht herzlich ein, sich an diesen Gesprächen zu beteiligen und auch eine Beteiligung der Wirtschaftsförderung an diesen Anstrengungen anzubieten (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Stein-Smola**: Laut Auskunft von der Frau Dr. Prischinger, der Leiterin vom Gründerinnenzentrum Steiermark – Graz, sind derzeit eben 80 % Auslastung, sie haben zwei Damen, die sich ansiedeln würden, die förderungswürdig sind, aber die können leider Gottes keinen Mietvertrag unterschreiben, weil eben die Förderung von der Stadt Graz fehlt und eigenartigerweise, ich habe auch auf der Homepage recherchiert, es steht ein ganz ein tolles Statement von dir oben am Gründerinnenzentrum: Unternehmerische Tätigkeit braucht besonders in der Startphase Unterstützung. Ich freue mich, dass mit dem Gründerinnenzentrum junge Unternehmerinnen in unserer Stadt gefördert werden können“. Zitat Dr. Wolfgang Riedler, Stadtrat. Nur, wie kann er so etwas sagen, wenn ganz, ganz neue junge Gründerinnen eine Karriere anstreben wollen, sich setzen wollen, Arbeitsplätze schaffen wollen in der Stadt Graz und dann keinen Mietvertrag unterschreiben können?

StR. Dr. **Riedler**: Also mir ist nicht ganz klar, warum die Unternehmerinnen einen Mietvertrag nicht unterschreiben können, aber wir werden der Sache nachgehen. Selbstverständlich sind wir auch im Gespräch, wenn es da unterschiedliche Zahlen gibt, bin ich schon sehr neugierig, wer Recht haben wird, du oder ich, ich gehe einmal davon aus, dass die Abteilungen der Stadt Graz insbesondere die Liegenschaftsverwaltung, die einen ständigen Kontakt auch zur Zentrumsverwaltung hat, uns von ihr bis zum gestrigen Tag die Daten erwartet hat und nicht bekommen hat, das ist ja ganz komisch, dass man da die Auskunft offenbar erst sehr spät bekommen kann, hier die richtigen Auskünfte gibt. Aus den Gründen, die du vorhin genannt hast und zu meinem Statement stehe ich selbstverständlich, bin ich als für

die Liegenschaftsverwaltung zuständiger Referent bereit gewesen, im Jahr zwischen 50.000 und 70.000 Euro für diese beiden Start-up-Center zur Verfügung zu stellen, die in Wirklichkeit als Unterstützung und Erleichterung zu sehen sind für die eigentlichen Aufgaben des zuständigen Wirtschaftsreferenten, also eigentlich hätte ich von dir auch als junge Unternehmerin erwartet, dass du jetzt mir mitteilst, dass du mit dieser Form der Unterstützung sehr zufrieden bist und froh bist, dass auch der Finanzreferent diese Aufgabe unterstützend übernommen hat (*Applaus SPÖ*).

7) Dubrovnik-Allee

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Du erinnerst dich sicher so wie ich, dass als vor etwa zwei Jahren die Diskussionen um die Alleenerneuerungen waren im vollen Gang, unter anderem im Heimatsaal das Versprechen oder die Zusage gegeben wurde, dass über die Dubrovnik-Allee, also über jenes Stück zwischen Rechbauerstraße und Opernhaus nochmals gesondert zu reden sei und zwar aus mehreren Gründen. Der Denkmalschutz ist für diesen Bereich der Allee nicht so rigoros wie für den restlichen Bereich der Allee, weil sie sagen, dass ist dieser Teil ist an und für sich ohnedies ein Torso, weil er durch den seinerzeitigen Bau des Opernhouses die Allee halbiert hat, zweitens, und das scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt zu sein, weil der Anteil an geschädigten Bäumen in diesem Bereich wesentlich geringer ist als in den übrigen Allees, was daran liegt, dass in diesem Bereich in den 70er-Jahren keine Kappschnitte vorgenommen wurden, die Bäume irreversibel beschädigt haben und wenn man sich das anschaut, sieht man auch, was für Prachtexemplare an Bäumen dort noch stehen und drittens und nicht zuletzt ist dieser Bereich der Allee als Durchgangsweg kaum genützt, es werden dort vorwiegend andere Wege genützt, was auch daran liegt, dass diese Allee eigentlich ein Torso ist und aus diesem Grund scheint es durchaus sinnvoll für diesen Bereich des Stadtparks vielleicht eine Neuplanung, eine generelle Neuplanung anzudenken, die zumindest ermöglicht, dass dort nur die geschädigten Bäume herausgeschlagen werden und alle anderen Bäumen stehen bleiben können

und dann kann man überlegen, ob man das Alleekonzept mit einer, sagen wir einmal, teilweise erneuerten oder gar nicht mehr mit einer Allee fortsetzt, sondern auch die Wegführung dort umdenkt. Im Prinzip würde es niemanden wehtun, wenn man den Weg dort überhaupt spart. Nun haben wir aber gehört, dass im Jänner, und ich nehme an, da wird man nicht vor dem Wahltermin anfangen wollen, aber dass doch im Jänner mit der Totalerneuerung der Dubrovnikallee begonnen werden sollte und aus diesem Grund stelle ich heute an dich die

F r a g e ,

ob du bereit bist, im Sinne meines Motivenberichtes, meiner Einleitung die Totalerneuerung der Dubrovnik-Allee nochmals zu überdenken, um wenigstens in jenem Bereich des Stadtparks durch eine neue Planung den Erhalt der gesunden Bäume zu ermöglichen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Herrmann! Ich habe die Abteilung für Grünraum und Gewässer gebeten, Stellungnahme dazu auszuarbeiten, die ich hiermit vorlesen möchte: Der gesamte Baumbestand des Grazer Stadtparks wurde in den letzten Jahren einer eingehenden Beurteilung unterzogen. Durch die vorliegenden Ergebnisse wurden Maßnahmen vorgeschlagen, welche sowohl dem Aspekt der Unterschützstellung nach dem Steiermärkischen Naturschutzgesetz als auch die langfristige Sicherung dieser Anlage samt den darin befindlichen Alleengerüsten nach dem Bundesdenkmalschutzgesetz berücksichtigen. Diese vorgeschlagenen Maßnahmen wurden in sehr vielen Fachgesprächen mit Gegnern dieser Maßnahme, mit Befürwortern, mit Bürgerinnen und Bürgern, mit den einzelnen Behördenvertretern und Beteiligten unter Abwägung der unterschiedlichen Argumente letztlich seitens der Behördenvertreter mit der Ausstellung der vorliegenden rechtskräftigen Bescheide befürwortet. Durch die Umsetzung des dritten und letzten Sanierungsabschnittes in diesem Bereich, des westlichen Teiles der Dubrovnik-Allee, wird das geforderte Erscheinungsbild dieses Alleenschnittes über Generationen hinweg gesichert beziehungsweise wieder hergestellt. Die beiden vorliegenden Bescheide beziehen sich auf die antragsgemäße Dreiteilung der

Alleensanierung, also auch der Dubrovnik-Allee. Dadurch ist die Umsetzung des letzten Sanierungsabschnittes auch nur in den folgenden Wintermonaten 2007 und 2008 möglich. Ich möchte aber dazu erwähnen, dass im Gegensatz zu dem Hauptteil der Damm-Allee, das ist der Bereich zwischen dem Burgstern und dem Katholikenkreuz, dann nur Einzelbaumentnahmen durchgeführt, wodurch der Altbaumbestand weitgehendst durch Pflegemaßnahmen erhalten bleibt. Also, dritter Abschnitt, so wie geplant, bei den folgenden Abschnitten im Mittelbereich der Damm-Allee wird es zu keinem kompletten Austausch der Allee kommen, weil dort tatsächlich sehr viel weniger Bäume beschädigt sind als im Bereich des jetzt sanierten südlichen Bereiches der Damm-Allee.

Mag. **Candussi**: Ich verstehe jetzt, ganz ehrlich gesagt, mehrere Dinge nicht. Es war, glaube ich, Einigkeit darüber, dass die Zahl der geschädigten Bäume nirgends so gering ist wie im Bereich der Dubrovnik-Allee, das heißt, dort sind die meisten gesunden Bäume und das war nicht nur das Ergebnis des Gutachtens, das der Vizebürgermeister Ferk noch ermöglicht hat, sondern das war auch die Meinung deines eigenen Amtes. Es war auch, und da wiederhole ich mich noch einmal, dass in diesem Bereich das Bundesdenkmalamt nicht so rigoros auf die Erneuerung eines einheitlichen Alleenbildes Wert legt. Ich könnte jetzt eine einfache, und es war ganz klar, dass es das Versprechen gegeben hat, über diesen Bereich gesondert zu reden. Ich könnte jetzt als Zusatzfrage stellen, warum macht ihr von der ÖVP eine Broschüre, wo drauf steht, wir halten Versprechen, wenn ihr das postwendend, kaum dass das Zeug frisch gedruckt ist, dieses Versprechen oder eines eurer Versprechen schon unterbrecht. Ich frage dich nur einfach noch einmal angesichts dieser Fakten, ob es nicht Sinn machen würde, die Entscheidung zu einer Totalerneuerung für die Dubrovnik-Allee noch einmal zu überdenken und zu schauen, ob man dort in diesem Bereich nicht tatsächlich, und ich denke mir, da hätte man die Möglichkeit, und der Bürgermeister hat es im Heimatsaal versprochen und er hat auch hier im Gemeinderat, kann ich mich wirklich daran erinnern, auch noch gesagt, das ist die Geschichte, die ihn auch interessieren würde. Dass man die Chance wahrnimmt, in dem Bereich zwischen Rechbauerstraße bis hinunter zum Eisernen Tor dieses Mischmasch an unterschiedlichen Parkstrukturen, die mehr oder weniger willkürlich

gewachsen und zerstört worden sind, neu beplant und in diesem Bereich vielleicht den Stadtpark zu einem Stadtpark des angehenden 21. Jahrhunderts macht. Weil, wie gesagt, dort der Denkmalschutz, das Bundesdenkmalamt bei weitem nicht so rigorose Erneuerung verlangt, wie sonst und einen Zusatz erlaube mir bitte noch bei dieser Frage. Ich werde deshalb grantig bei dem Punkt, weil ich, glaube wirklich, sehr gemäßigt war in meiner Kritik an den bisherigen Fällungen, die konnte ich durchaus noch verstehen. In dem Bereich fehlt mir da wirklich jedes Verständnis und ich habe das Gefühl, das soll jetzt, Augen zu und durch, alles niedergemacht werden.

StR. Dr. **Rüsch**: Ich möchte das an dieser Stelle ganz klar sagen, ich halte nichts davon, dass wir vor über zwei Jahren sehr intensiv und ausführlich über die Erneuerung der Alleen gesprochen haben und wir waren uns alle im Klaren, dass letztlich, so ist der Bescheid ja auch erfolgt, sowohl aus der Sicht des Naturschutzes als auch aus der Sicht des Denkmalschutzes die Gesamtauswechslung der Allee gewünscht wurde und zwar eben deshalb, weil bei dieser Zahl an schadhaften Bäumen durch ein Auswechseln der schadhaften Bäume der Alleecharakter nicht vorhanden ist. Jetzt haben wir das damals diskutiert und wir sind bei einer Sache (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) auf die Wünsche der Gegner eingegangen und zwar war es der Wunsch, dass die Allee nicht in einem Zug ausgewechselt wird, sondern in drei Abschnitten. Das haben wir sehr lange diskutiert, ich erinnere mich auch an die Diskussion, die du angeschnitten hast im Volkskundemuseum, das war auch ein Ergebnis davon und wir haben dann das Ansuchen für den Bescheid so abgeändert, dass diese Dreiteilung möglich ist, das haben wir gemacht, das ist jetzt erfolgt. Der Bescheid bezieht sich auf alle drei und über den gesamten Zeitraum. Ich halte jetzt nichts davon, dass durch diese Zeiterstreckung jetzt vor der Umsetzung des dritten Abschnittes die gesamte Diskussion nochmals beginnt, es ist ein Behördenverfahren, wir sind mitten im Verfahren und zwar ist das eben der dritte Teil, der jetzt abgeschlossen werden soll. Es gibt einen rechtsgültigen Bescheid, es gibt keinerlei neue Argumente, weder juristische noch sachliche, ich habe für deinen Standpunkt, lieber Hermann, inhaltlich sehr viel über gehabt, sich den Weiterbestand der Allee an sich zu überlegen, ob

man nicht mit neuen Methoden was anderes machen kann, die Frage ist entschieden und sie ist nicht zuletzt und vor allen vom Denkmalamt entschieden worden.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: In dem Bereich stimmt das nicht.

StR. Dr. **Rüsch**: Selbstverständlich stimmt das, der Bescheid bezieht sich auf alle drei Abschnitte. Und jetzt passiert genau das, was wir damals auch als Begründung gegen die Dreiteilung angegeben haben, wir haben damals schon gewusst, wenn wir das in drei Teile machen, dann wird vor dem dritten Teil diskutiert. Das halte ich nicht für zweckmäßig, der Bescheid ist in der Umsetzung und wir werden in diesem Winter in den Monaten 2007/2008, im Winter eben, den letzten Abschnitt machen. Ich möchte auch nochmals darauf zurückkommen, dass selbstverständlich die Position sehr viel für sich hat, dass die Allee erneuert wird, weil sie damit für Generationen nach uns, ebenso wie wir auch den Vorteil gehabt haben, die Generationen vor uns tatsächlich eine Allee im Stadtpark zur Verfügung haben. Ich denke, dass das mit der Geschichte des Stadtparks, mit der Entstehung und mit der Kultivierung des Stadtparks durchaus auch eine sehr, sehr gute Idee ist und die Allee für die nächsten Generationen als solche wieder aufzubauen ist, glaube ich, ebenfalls eine sehr, sehr schöne Aufgabe, die wir damit erfüllen (*Applaus ÖVP*).